Bayerisches Staatsministerium der
Justiz und für Verbraucherschutz

Pressemitteilung 93/2010

22. Juli 2010

Missbrauch im Ferienlager

Merk beklagt Verrohung Jugendlicher und fordert: „Kinder und Jugendliche müssen vor sexueller Gewalt in den Medien geschützt werden!“

Bayerns Justizministerin Dr. Beate Merk erkennt in den Missbrauchstaten in einem Ferienlager auf der Insel Ameland Verrohungstendenzen, die auch durch Fehlgebrauch moderner Medien begünstigt würden. "Psychologen sagen mir, dass solche Übergriffe auch deshalb geschehen, weil man heutzutage im Netz problemlos alle erdenklichen Formen von Gewalt und Pornographie ansehen kann. Jugendliche und Kinder haben heute leichten Zugang zu entsprechenden Videos. Besonders abartige Filme werden sogar per Handy auf dem Schulhof herumgezeigt. Junge Menschen sind in ihrer Persönlichkeit noch nicht so gefestigt und können vieles von dem, was sie da sehen, nicht richtig einordnen oder verstehen. Fatal ist vor allem, wenn in solchen Filmen Gewalt und Sexualität verknüpft werden und den Kindern hier ein Zusammenhang suggeriert wird. Dann ist es nicht verwunderlich, dass ein Teil der Jugendlichen zunehmend verroht, was sich auch in solchen schrecklichen Taten äußern kann." Jetzt seien die Politik, aber auch die Familien und die gesamte Gesellschaft gefordert, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Merk fordert Eltern und alle mit der Betreuung von Kindern befassten Personen auf, Hinweise einerseits auf mögliche Misshandlungen und andererseits auf besondere Gewaltneigung nicht zu ignorieren und lieber einmal zu oft nachzufragen. "Gerade bei Delikten mit sexuellem Bezug ist die Scheu und Scham der Kinder so groß, dass sie in den seltensten Fällen klar aussprechen, was passiert ist. Ein aufgeschlossenes Miteinander in der Familie, das von Offenheit und gegenseitigem Vertrauen geprägt ist, bietet immer noch den wirksamsten Schutz für Kinder und Jugendliche. Das kommt

Hausanschrift:
Prielmayerstr. 7,
80335 München
Pressesprecherin: Anja Kesting

E-Mail:
presse@stmjv.bayern.de
Internet:
http://www.justiz.bayern.de

Telefon:
(089) 5597-3111, -3623
Telefax:
(089) 5597-2332

allerdings nicht von alleine; darum muss man sich bemühen und das kostet Zeit und Mühe. Leider gibt es aber auch Eltern, die sich kaum dafür interessieren, was ihre Kinder für Filme ansehen, auf welchen Seiten sie im Netz surfen oder welche Videospiele sie spielen."

Politischen Handlungsbedarf sieht Merk im Bereich des Jugendmedienschutzes. Sie spricht sich für ein strafrechtliches Verbot der Herstellung und Verbreitung von sogenannten Killerspielen aus: "Der Weg in die Gewaltkriminalität ist nicht weit, wenn man als junger Mensch Gewalt täglich am Bildschirm übt! Mir geht es darum, solche Spiele zu verbieten, die den Spieler an grausamen und unmenschlichen Gewalttätigkeiten gegen Menschen beteiligen."

An die Adresse des Koalitionspartners im Bund gewandt, erklärte Merk: "Wenn man sich ansieht, welche Folgen der Konsum von schädlichen Videos haben kann, ist die Laissez-faire-Politik der FDP bei Kinderpornos im Netz grob fahrlässig. Wir sind uns ja völlig einig, dass es das Ziel sein muss, solche Filme dauerhaft zu löschen und entsprechende Seiten vom Netz zu nehmen. Aber wie auch das Bundeskriminalamt festgestellt hat, gibt es auch Seiten, an die wir nicht oder jedenfalls nicht schnell genug herankommen. Wenn ich feststellen muss, dass ich eine bestimmte Seite nicht löschen kann, darf ich nicht einfach mit den Schultern zucken und zur Tagesordnung übergehen. Dann muss ich diese Seite wenigstens sperren. Dass das nicht so effektiv ist wie ein Löschen ist mir auch klar. Löschen ist mehr als Sperren, aber wo ein Löschen nicht möglich ist, ist die Sperre wenigstens ein Schritt in die richtige Richtung." Es sei auch ein Beitrag zum Jugendschutz, wenn sexualisierte Gewalt gegenüber Kindern und Jugendlichen noch erkennbarer geächtet werde. "Kinder brauchen Halt gebende Grenzen. Und das Stoppschild im Netz zeigt deutlich auf, dass der Nutzer kurz davor steht, ein Tabu zu brechen. Kinder sind noch eher als Erwachsene bereit, Tabus zu akzeptieren“, so Merk.